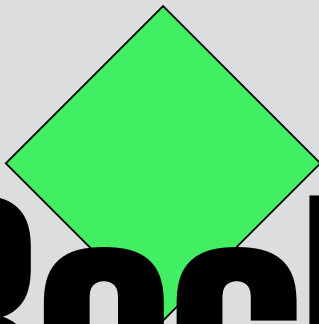




**Wege**



**zum**



**Recht**

Können alle Bürger und Bürgerinnen  
ihr Recht bekommen?

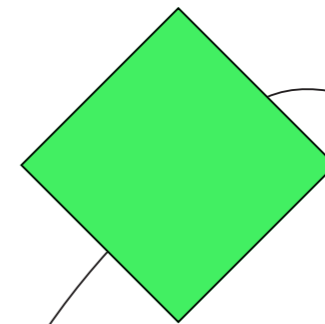
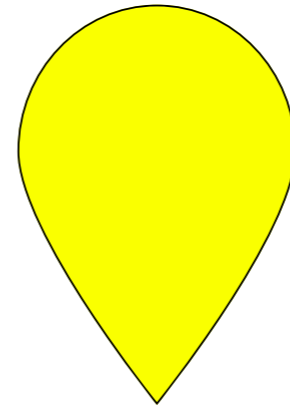
Das Projekt „Zugang zum Recht in Berlin“  
untersucht, ob alle Menschen in Berlin die gleichen  
Chancen haben, ihre Rechte durchzusetzen.

Es erforscht:

- Rechtliche,
- Soziale,
- Materielle und institutionelle Hindernisse.

„Wege zum Recht“ erklärt die  
Forschungsergebnisse in einfacher Sprache.

Es gibt auch Bilder und Beispiele, damit  
die Inhalte leicht verständlich sind.



Link zur Webseite:  
[wege-zum-recht.de/de-simple](https://wege-zum-recht.de/de-simple)



## **Können alle Bürger und Bürgerinnen ihr Recht bekommen?**

Wenn Menschen ein rechtliches Problem haben, gibt es verschiedene Lösungen.  
Es gibt nicht nur einen richtigen Weg.

Jedes Problem ist anders.  
Auch die Menschen sind unterschiedlich.  
Deshalb gibt es verschiedene Wege zum Ziel.

Manche Wege sind einfach.  
Andere Wege sind länger oder schwieriger.

Manchmal gibt es Hindernisse.  
Diese Hindernisse machen den Weg schwerer.  
Manchmal gibt es so viele Hindernisse, dass die Menschen aufgeben.

Das passiert oft, wenn:

- Menschen nicht genug über die Gesetze wissen.
- Menschen schlechte Erfahrungen mit Ämtern gemacht haben.

In unserem Land sollen alle Menschen die gleichen Rechte haben.  
Das bedeutet: Jeder Mensch muss einen fairen Zugang zu Recht haben.  
Der Staat muss darauf achten.

Er muss sicherstellen, dass alle Menschen ihre Rechte durchsetzen können.

Wenn das nicht passiert, haben starke Menschen Vorteile.  
Das wäre unfair.

Deshalb gibt es Hilfe-Angebote.  
Diese Hilfe ist wichtig, damit alle Menschen Unterstützung bekommen können.



## Fehlendes rechtliches Wissen

Viele Menschen wissen wenig über das Recht.  
Sie kennen ihre Rechte nicht gut.  
Auch die Abläufe bei Gericht sind oft unklar.

Das macht es schwer, Rechte durchzusetzen.  
Viele haben Angst vor den Kosten oder dem Verfahren.  
Manche wissen nicht, wie sie vorgehen sollen.

Menschen mit wenig Geld sind besonders betroffen.  
Sie brauchen oft einfache Beratung.  
Nur so können sie ihre Rechte verstehen.

Ohne diese Hilfe geben viele Menschen auf.  
Manche finden keine Beratung.  
Andere verstehen die rechtlichen Schritte nicht.  
Das macht es schwer, etwas zu erreichen.

Es ist oft schwer, das Problem richtig zu erklären.  
Rechtsanwälte brauchen genaue Informationen.  
Viele Menschen können ihren Fall nicht genau beschreiben.  
Deshalb scheitern sie mit ihrem Anliegen.

Auch bei Verträgen gibt es Probleme.  
Viele wissen nicht, was ihre Rechte sind.

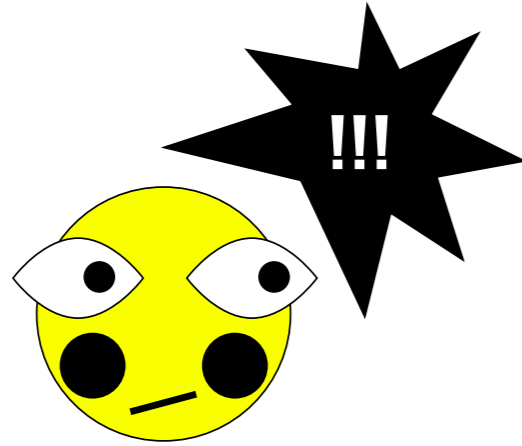
Manche unterschreiben Verträge, die sie nicht wollen.  
Andere zahlen Geld, das sie nicht zahlen müssen.

Diese Probleme könnten durch bessere Beratung gelöst werden.





## Erkennen rechtlicher Probleme



Manchmal fühlen wir, dass etwas nicht stimmt.  
Vielleicht wird uns Unrecht getan.  
Aber wie erkennt man, ob das ein rechtliches  
Problem ist?

Das ist oft schwer.

Ohne Wissen über das Recht ist es noch schwieriger.  
Man erkennt rechtliche Konflikte oft in drei Schritten:

1. Man nennt das Problem beim Namen.
2. Man sucht, wer verantwortlich ist.
3. Man setzt die eigenen Rechte durch.

Im ersten Schritt erkennt man das Problem als rechtliche  
Sache.

Man merkt: Das, was passiert, hat mit dem Recht  
zu tun.

Das ist schwer, wenn man die Gesetze nicht gut kennt.

Manche spüren, dass etwas ungerecht ist.  
Aber sie wissen nicht, ob es auch gegen das  
Gesetz ist.

Wenn es schon um das Recht geht, ist das  
Problem klarer.

Zum Beispiel bei einer Kündigung.

Trotzdem fühlen sich viele überfordert.

Sie haben wenig Erfahrung mit rechtlichen Themen.

Deshalb bleiben viele passiv und machen nichts.

Der zweite Schritt ist, die Verantwortung zu klären.

Man fragt: Wer ist schuld an dem Problem?

Manchmal ist das einfach.

Oft ist es aber schwer.

Man muss herausfinden, wer rechtlich verantwortlich ist.

Wenn diese Schritte geschafft sind, sieht man den  
Konflikt anders.

Der dritte Schritt ist, die Rechte durchzusetzen.

Man überlegt: Was kann ich tun, um das Problem  
zu lösen?

Gehe ich vor Gericht oder finde ich eine andere Lösung?

Das ist oft schwer zu entscheiden.

Besonders, wenn man unsicher ist, ob der eigene Fall  
stark genug ist.





Rechtsexperten wie Anwälte oder Berater können helfen.  
Sie wissen, wie man das Problem rechtlich einordnet.  
Sie helfen auch bei der Entscheidung, was zu tun ist.



## Emotionale Belastung durch Angst und schlechte Erfahrungen

Manche Menschen nehmen ihre Rechte nicht wahr.  
Ein Grund dafür sind emotionale Belastungen.  
Stress, Angst und Traurigkeit machen Entscheidungen schwer.  
Betroffene erkennen ihre Rechte dann nicht.

Schlechte Erfahrungen oder schlimme Erlebnisse verstärken das Problem.  
Viele fühlen sich überfordert.  
Sie können Probleme nicht gut lösen.  
Auch Scham und Schuldgefühle spielen eine Rolle.  
Sie machen den Menschen unsicher.  
Viele holen sich deshalb keine rechtliche Hilfe.

Das zeigt sich oft in Rechtsantragstellen.  
Dort werden Anträge auf Rechtsschutz oder Beratung gestellt.  
Viele Menschen wissen nicht, wie sie ihr Problem erklären sollen.  
Sie können es nicht als rechtliches Problem benennen.

Menschen in schwierigen Situationen sind oft stark belastet.  
Das macht den Antrag für sie noch schwerer.  
Rechtspfleger können wenig helfen.  
Die Bürokratie lässt dafür keinen Raum.



Rechtspfleger lernen nicht, wie man mit belasteten Menschen umgeht.  
Sie versuchen, wichtige Informationen herauszufiltern.  
Emotionen werden dabei oft nicht beachtet.  
Das ist ein Problem, besonders bei Anträgen im Gewaltschutz.  
Dort sind die Gefühle der Betroffenen wichtig.  
Sie zeigen, wie die Tat die Person getroffen hat.

Rechtsstreitigkeiten sind oft lang und anstrengend.  
Das schreckt viele Menschen ab.  
Wer große Sorgen hat, meidet den Weg zum Gericht.  
Besonders bei existenziellen Themen wie Wohnung oder Geld.

Die Unsicherheit über den Ausgang eines Prozesses belastet zusätzlich.  
Auch die Kosten sind für viele ein Problem.  
Viele verstehen die Regeln für Beratungshilfe nicht.  
Das schwächt ihr Vertrauen ins Rechtssystem.

Deshalb nutzen viele ihre Rechte nicht.  
Sie holen keine Hilfe





## Kein Geld für Anwälte und Anwältinnen

Viele Menschen in Deutschland haben wenig Geld.  
Das macht rechtliche Hilfe für sie schwer erreichbar.  
Anwält\*innen und Gerichtsverfahren sind oft teuer.  
Menschen mit wenig Geld können diese Kosten oft nicht bezahlen.  
Das betrifft besonders benachteiligte Gruppen und Menschen in schwierigen Situationen.

Wer kein Geld hat, scheut oft rechtliche Schritte.  
Auch wenn die Person im Recht ist.  
Zum Beispiel kann jemand unrechtmäßig gekündigt werden.  
Aber ohne Geld bleibt die Person oft ohne Anwalt.

Gerichtsgebühren und andere Kosten sind zu hoch.  
Deshalb setzen viele ihre Rechte nicht durch.

Welche Folgen hat das?  
Menschen ohne Geld sind in rechtlichen Konflikten oft im Nachteil.  
Ihre Existenz kann dadurch bedroht sein.

Ein Beispiel: Eine Mieterin wird gekündigt.  
Sie kann die rechtlichen Schritte nicht bezahlen.  
Ohne Anwalt muss sie sich selbst verteidigen.  
Das führt oft dazu, dass sie verliert.  
In Berlin geraten dadurch viele Menschen in große Not.



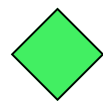
Finanzielle Barrieren führen auch zu anderen Problemen.  
Viele fühlen sich psychisch belastet.  
Sie verlieren das Vertrauen in das Rechtssystem.

Ungleichheit im Rechtssystem  
Finanzielle Hürden verstärken die Ungleichheit.  
Reiche Menschen und Unternehmen haben immer Zugang zu Anwälten.  
Menschen mit wenig Geld haben diesen Zugang oft nicht.

Ein Beispiel:  
Eine alleinerziehende Mutter möchte Unterhalt für ihr Kind.  
Der Vater weigert sich, zu zahlen.  
Ohne Geld für einen Anwalt hat die Mutter große Schwierigkeiten.  
Das gefährdet das Wohl ihrer Familie.

Diese Ungleichheit untergräbt die Gerechtigkeit.  
Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz wird verletzt.  
Das Vertrauen in das Rechtssystem nimmt ab.

Was kann man tun?  
Es muss dafür gesorgt werden, dass alle Menschen rechtliche Hilfe bekommen können.  
Unabhängig davon, wie viel Geld sie haben.  
Nur so wird das Rechtssystem gerecht für alle.



## Rechtsschutzversicherung

Rechtsschutzversicherungen helfen bei rechtlichen Problemen.

Sie bieten finanziellen Schutz und rechtliche Unterstützung.

Die Versicherung zahlt die Kosten für Anwälte und Gerichte.

Manchmal hilft sie auch mit Beratung oder einer Schlichtung.

Für diese Hilfe zahlen die Versicherten jeden Monat Geld. Die Höhe der Kosten hängt von der Versicherung ab. Nicht alle Versicherungen bieten die gleichen Leistungen.

Wenn es zu einem Streit kommt, zahlen Versicherte oft einen Teil selbst.

Das nennt man Selbstbeteiligung.

Außerdem gibt es meistens Wartezeiten, bevor die Versicherung hilft.

Die Versicherung übernimmt auch nur Kosten bis zu einem bestimmten Betrag.

Das nennt man Deckungssumme.

Es gibt in Deutschland über 100 verschiedene Rechtsschutzversicherungen.

Diese sind oft auf bestimmte Themen spezialisiert.

Zum Beispiel Verkehrsrecht, Mietrecht oder Familienrecht.

Im Verkehrsrecht hilft die Versicherung bei Unfällen oder Bußgeldern.

Im Sozialrecht geht es um Streit mit der Kranken- oder Rentenversicherung.

Im Familienrecht kann es um Sorgerechtsfragen gehen.

Rund 56 % der Menschen in Deutschland haben eine Rechtsschutzversicherung.

Im Vergleich zu anderen Ländern sind das sehr viele.

Die Versicherung sorgt dafür, dass Menschen leichter klagen können.

Das heißt: Sie müssen keine Angst vor hohen Kosten haben.

Menschen mit Versicherung klagen öfter als Menschen ohne Versicherung.

Die Zahl der Klagen insgesamt wird weniger.

Aber Menschen mit Versicherung klagen genauso oft wie früher.

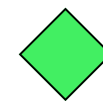
Die Versicherung macht es einfacher, Rechte durchzusetzen.

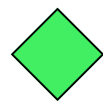
Versicherte sind bereit, länger um ihre Rechte zu kämpfen.

Ein Streit endet dadurch häufiger vor Gericht.

Die Kosten steigen, wenn ein Fall vor Gericht kommt.

Versicherungen helfen aber auch, Streit ohne Gericht zu lösen.





## Digitale Dientsleistungen für Recht (Legal Tech)

Legal Tech bedeutet: Technik hilft bei rechtlichen Problemen.

Dazu gehört zum Beispiel der Einsatz von künstlicher Intelligenz.

Mit Hilfe von Technologie werden rechtliche Prozesse einfacher gemacht.

Viele Aufgaben können automatisiert werden.

Legal Tech ist besonders nützlich, um mehr Menschen Zugang zum Recht zu geben.

Die Angebote kommen oft von privaten Unternehmen.

Menschen mit einem rechtlichen Problem können ihre Daten online eingeben.

Das ist meistens kostenlos.

Wenn sie gewinnen, zahlen sie einen Teil des Geldes als Provision.

Ein Algorithmus prüft, ob ein Anspruch rechtlich möglich ist.

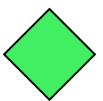
Das Programm nutzt Gesetze und frühere Fälle als Grundlage.

Diese Technik ist besonders gut für Fälle, die oft vorkommen.

Dadurch können genaue Antworten gegeben werden.

Eine persönliche Beratung gibt es nur selten.

Viele Fragen werden durch Erklärvideos oder Texte beantwortet.



Manchmal bieten die Unternehmen telefonische Beratung an.

In Ausnahmefällen vertreten sie die Menschen auch vor Gericht.

Meistens versuchen sie aber, eine Einigung ohne Gericht zu erreichen.

Das spart Zeit und Kosten.

Legal Tech gibt es in Deutschland seit etwa 2010.

Es wurde zuerst bei Flugverspätungen genutzt.

Heute wird es in vielen Bereichen angewendet.

Zum Beispiel im Mietrecht, Arbeitsrecht oder Verbraucherschutz.

Legal Tech hilft oft bei kleinen Schadensersatz-Fällen.

Viele Menschen verfolgen solche Ansprüche sonst nicht, weil es zu aufwendig ist.

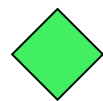
Legal Tech arbeitet mit standardisierten Fällen.

Bei komplizierten Problemen können sie oft nicht helfen.

Legal Tech ersetzt keine Anwälte.

Aber es ist eine gute Unterstützung bei einfachen rechtlichen Fragen.

So hilft es, dass mehr Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.



## Hilfe bei rechtlicher Beratung

Beratungshilfe gibt Menschen rechtlichen Rat.

Meistens durch Anwälte oder andere

Rechts-Expertinnen.

Die Beratungshilfe ist für Menschen, die sich keinen Anwalt leisten können.

Sie sorgt dafür, dass alle ihre Rechte nutzen können.

Die Regeln für die Beratungshilfe stehen im Gesetz.

Beratungshilfe gibt es nur außerhalb von

Gerichtsverfahren.

Auch bei Schlichtungsverfahren kann sie genutzt werden.

Es gibt Bedingungen für die Beratungshilfe:

Man muss wirtschaftlich bedürftig sein.

Das bedeutet, man hat zu wenig Geld für eine Rechtsberatung.

Ein Zeichen dafür ist, wenn jemand Sozialleistungen bekommt.

Man muss die Beratung für sich selbst nutzen.

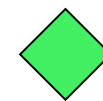
Für andere Personen darf man keine Beratungshilfe beantragen.

Man muss vorher alle anderen Lösungen ausprobiert haben.

Zum Beispiel die Beratung bei einer Verbraucherzentrale.

Man darf Beratungshilfe auch nicht „mutwillig“ nutzen.

Das passiert in der Praxis aber sehr selten.



Den Antrag stellt man bei einem Amtsgericht.

Das Amtsgericht muss in der Nähe des Wohnortes sein.

Eine Rechtspflegerin entscheidet, ob der Antrag genehmigt wird.

Bei einer Genehmigung bekommt man einen Beratungshilfeschein.

Mit diesem Schein kann man zu einer Anwältin gehen.

In den letzten Jahren gibt es immer weniger Anträge auf Beratungshilfe.

Ein Grund dafür ist, dass viele Anwälte Beratungshilfe nicht anbieten.

Sie sagen, es lohnt sich finanziell nicht.

Die Nutzung der Beratungshilfe hängt vom Thema ab.

Sie wird oft bei Mietrecht und Sozialrecht genutzt.

Im Asylrecht oder Strafrecht wird sie aber kaum genutzt.



## Anwältinnen und Anwälte



Anwältinnen und Anwälte sind wichtig für das deutsche Rechtssystem.

Sie helfen Bürgerinnen und Bürgern bei rechtlichen Problemen.

Ihre Unterstützung gibt es vor Gericht und auch außerhalb.

Anwältinnen und Anwälte sind Berater, Vertreter und Vermittler.

Sie machen das Rechtssystem verständlicher und zugänglicher.

Häufig sind sie die erste Anlaufstelle bei rechtlichen Fragen.

Sie geben Rat, klären Probleme und versuchen, Streit ohne Gericht zu lösen.

Zu den häufigen Themen gehören Mietrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht und Verbraucherschutz.

Auch vor Gericht spielen Anwältinnen und Anwälte eine große Rolle.

Sie prüfen die rechtlichen Probleme ihrer Mandantinnen und Mandanten genau.

Dann vertreten sie diese und helfen, ihre Rechte durchzusetzen.

Anwältinnen und Anwälte erklären die Anliegen verständlich und verbessern so die Erfolgchancen.

Besonders in komplizierten Fällen ist ihre Hilfe wichtig. Sie sorgen dafür, dass alle Regeln im Gerichtsverfahren eingehalten werden.

Anwältinnen und Anwälte schaffen auch eine faire Kommunikation vor Gericht.

Ohne anwaltliche Vertretung kann es ein Ungleichgewicht zwischen den Parteien geben.

Das führt oft zu Urteilen, die der anderen Seite schaden. Zum Beispiel, wenn jemand aus Unwissenheit nicht zum Gericht erscheint.

In Räumungsverfahren zeigt sich dieses Ungleichgewicht deutlich.

Vermieterinnen und Vermieter haben oft Anwältinnen und Anwälte.

Mieterinnen und Mieter verzichten aus finanziellen Gründen häufig darauf.





Beratungshilfe soll Anwältinnen und Anwälte für finanziell schwache Personen zugänglich machen.

Doch sie ist oft wenig bekannt oder wird aus Scham nicht genutzt.

Zudem nehmen Anwältinnen und Anwälte wegen der geringen Vergütung weniger solcher Fälle an.

Das erschwert den Zugang zu rechtlicher Unterstützung zusätzlich.

Statistiken zeigen, dass eine anwaltliche Vertretung vor Gericht die Erfolgschancen erhöht.

Parteien ohne Anwältinnen und Anwälte verlieren häufiger als solche mit anwaltlicher Unterstützung.

Besonders Beklagte profitieren von einer anwaltlichen Vertretung, weil das Risiko von Nachteilen sinkt.

Auch bei der Prozesskostenhilfe hilft eine anwaltliche Vertretung:

Ohne Unterstützung werden Anträge seltener gestellt und genehmigt.



## Verwirrende Zuständigkeiten bei den Beratungsangeboten

Menschen mit niedrigem Einkommen brauchen oft einfache und leicht zugängliche Rechtsberatung. Sie benötigen Unterstützung, um ihre Rechte zu verstehen und durchzusetzen.

Damit sie diese Angebote nutzen können, müssen sie wissen, wo es gute Beratung gibt.

Auch ein unterstützendes soziales Umfeld ist wichtig. Oft fehlt das Wissen über Rechte und Rechtsprozesse. Das macht es schwer, rechtliche Schritte rechtzeitig einzuleiten.

Ein grundlegendes Verständnis der eigenen Rechte ist deshalb sehr wichtig.

Das genaue Wissen über Ansprüche entsteht meist erst nach einer professionellen Beratung.

Dort wird geprüft, ob die Ansprüche Erfolg haben können.

Rechtsberatung ist daher besonders wichtig für benachteiligte Menschen.

Sie hilft ihnen, Zugang zum Recht zu bekommen.

Gleichzeitig filtert sie, welche Fälle wirklich vor Gericht gehen sollten.

Es gibt viele Probleme bei der Zugänglichkeit von Rechtsantragstellen.



Schon die Information über deren Existenz und Aufgaben ist oft unklar.

Besonders schwierig ist es für Menschen, die nicht wissen, was eine Rechtsantragstelle ist.

Zum Beispiel, wenn sie einen Antrag auf Kostenhilfe stellen wollen.

Die Webseiten der Amtsgerichte sind oft schwer verständlich.

Wichtige Informationen fehlen manchmal komplett.

Es ist nicht immer klar, wie man einen Termin bekommt oder wie ein Termin abläuft.

Solche Informationen sind nicht immer auf den Webseiten zu finden.

Manchmal gibt es zusätzliche Hürden, weil wichtige Hinweise nur in PDF-Dokumenten stehen.

Diese kann man nur lesen, wenn man einen PDF-Reader hat.

Auch sprachliche Hürden erschweren den Zugang.

Die Webseiten sind oft nur auf Deutsch verfügbar.

Informationen in Englisch oder anderen Sprachen fehlen oft.

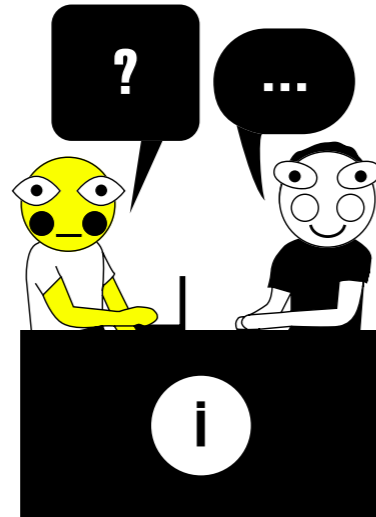
Einige Gerichte bemühen sich, verständliche Sprache zu nutzen.

Das macht den Zugang für viele Menschen einfacher.

Egal, welche Sprache er spricht oder woher er kommt.



## Beratungsstellen und selbstständiges Handeln



Beratungsstellen sind Einrichtungen, die Menschen bei rechtlichen Problemen helfen.

Sie bieten Unterstützung und Beratung in unterschiedlichen Formen an.

Sie sind besonders wichtig für Menschen, die sich keinen Anwalt leisten können.

Beispiele für solche Stellen sind Law Clinics.

Dort beraten Studierende ehrenamtlich.

Auch Verbraucherverbände und Mietervereine sind Beratungsstellen.

Ihr Ziel ist es, soziale Ungleichheiten beim Zugang zum Recht zu verringern.

Sie bieten Beratung oft kostenlos oder zu geringen Kosten an.

In Berlin gibt es viele Beratungsstellen zu verschiedenen Themen.



Sie helfen bei Mietproblemen, Schulden oder Diskriminierung.

Die Beratungsstellen informieren über Rechte und helfen, diese durchzusetzen.

Trotz ihrer wichtigen Arbeit haben die Beratungsstellen viele Probleme.

Sie haben oft wenig Personal und begrenzte finanzielle Mittel.

Viele Stellen werden nur für kurze Zeit und projektbezogen finanziert.

Das führt zu Unsicherheiten in der Arbeit.

Manchmal fehlt den Beratern die rechtliche Expertise.

Das ist ein Unterschied zu Anwälten in Kanzleien.

Auch die Zusammenarbeit mit Anwälten klappt nicht immer gut.

Manchmal werden Ratsuchende nicht richtig weiterverwiesen.

Ein weiteres Problem ist, dass Beratungsstellen bei langen Rechtsstreitigkeiten oft nicht helfen können.

Sie bieten meistens keine dauerhafte Vertretung an.

Trotzdem sind sie unverzichtbar, besonders für Menschen mit wenig Geld.

Sie fördern soziale Gerechtigkeit und gleichen Ungleichheiten aus.





In diesem Zusammenhang wird die kollektive Selbsthilfe immer wichtiger.

Dabei helfen sich Menschen in der Gemeinschaft gegenseitig.

Die Idee ist, die Interessen der Gruppe zu stärken und staatliche Lücken zu füllen.

Durch Information und Mobilisierung werden Rechte besser durchgesetzt.

So werden nicht nur individuelle Probleme gelöst.

Auch gemeinsame Interessen und Konflikte können bearbeitet werden.

In Deutschland gibt es unterschiedliche Ansätze:

Staatliche Stellen setzen oft auf rechtliche Fürsorge.

Mietervereine und Gewerkschaften arbeiten hingegen mit kollektiver Selbsthilfe.

Beratungsstellen und kollektive Selbsthilfe bleiben wichtig.

Sie verbessern den Zugang zum Recht und verringern soziale Ungleichheiten.



## Schwieriger Zugang zu den Rechtsantragstellen

- Bürokratische Hürden

Rechtsantragstellen sind wichtig für das Justizsystem. Dort können Menschen rechtliche Anträge stellen. Aber es gibt oft viele bürokratische Hürden.

Die Verfahren sind schwer zu verstehen. Formulare sind kompliziert. Juristische Begriffe machen es noch schwieriger. Für Menschen ohne Erfahrung ist das oft abschreckend.

Die Mitarbeiter in den Rechtsantragstellen helfen zwar. Sie erklären die Formulare und helfen beim Ausfüllen. Trotzdem bleibt die Bürokratie ein großes Problem. Man braucht oft viele Dokumente und Nachweise. Das überfordert viele, besonders in Krisensituationen.

Ein weiteres Problem ist, dass Dokumente meist nicht digital eingereicht werden können. Das erschwert den Zugang noch mehr. Auch wenn man versucht, die Verfahren zu vereinfachen, bleiben bürokratische Hürden für viele ein großes Hindernis.

- Räumliche Barrieren

Gerichte und Rechtsantragstellen sind oft in Städten. Für Menschen aus ländlichen Gebieten sind sie schwer erreichbar.



Lange Wege, fehlende Parkplätze und schlechte Bus- und Bahnverbindungen machen es schwer.


Auch in den Gerichtsgebäuden gibt es oft Hindernisse. Nicht alle Gebäude sind barrierefrei. Menschen mit Behinderung haben dort große Schwierigkeiten. Zum Beispiel durch enge Türen, fehlende Aufzüge oder schwer erreichbare Toiletten.

Es gibt zwar Bemühungen, die Barrierefreiheit zu verbessern. Aber es bleibt noch viel zu tun, damit alle Menschen die Rechtsantragstellen nutzen können.

- Diskriminierung

Manche Menschen erleben Diskriminierung in den Rechtsantragstellen. Besonders betroffen sind Menschen aus benachteiligten Gruppen. Zum Beispiel Menschen mit Migrationsgeschichte oder wenig Geld.

Sprachprobleme erschweren die Kommunikation. Kulturelle Unterschiede führen manchmal zu Missverständnissen. Manche Mitarbeiter behandeln die Anliegen dieser Menschen weniger gut.



Studien zeigen, dass arbeitslose Menschen oft schlechter behandelt werden.  
Sie erwarten weniger Erfolg und fühlen sich nicht ernst genommen.

Manche Menschen haben schlechte Erfahrungen gemacht.  
Das entmutigt sie, noch einmal Hilfe zu suchen.

Es ist wichtig, dass Rechtsantragstellen für alle offen und gerecht sind.  
Mitarbeiter sollten lernen, sensibler zu sein.  
Schulungen in interkultureller Kompetenz können helfen, Vorurteile abzubauen.  
So können alle Menschen besser unterstützt werden.



## Sprache

In einer vielfältigen Gesellschaft ist der Zugang zum Recht sehr wichtig.

Sprache spielt dabei eine große Rolle.

Doch oft gibt es sprachliche Hürden, die den Zugang erschweren.

Das Berliner Antidiskriminierungsgesetz sagt:

Niemand darf wegen der Sprache benachteiligt werden.

Aber in der Realität ist das oft anders.

Viele rechtliche Dokumente gibt es nur auf Deutsch.

Das benachteiligt Menschen, die kein oder wenig

Deutsch sprechen.

Die Amtssprache Deutsch ist ein großes Hindernis.

Für Menschen, die Deutsch nicht gut können, ist das schwer.

Es gibt Gesetze, die Dolmetscher bei Gericht erlauben.

Doch in der Praxis fehlen oft Dolmetscher.

Das Problem ist besonders in Rechtsantragstellen groß.

Dort findet die erste Rechtsberatung statt.

Juristische Texte sind auch für Deutschsprachige oft schwer.

Die Fachsprache ist kompliziert und schwer verständlich.

Man braucht oft eine „Übersetzung“ in einfache Worte.

Rechtspfleger und Anwälte müssen die Texte oft erklären.



Es gibt Lösungen, aber sie sind schwierig umzusetzen.

Zum Beispiel Dolmetscher in Rechtsantragstellen.

Oder Infomaterialien in verschiedenen Sprachen.

Doch oft fehlt das Geld für solche Angebote.

Dolmetscher könnten immer vor Ort sein.

Oder es könnte digitale Übersetzer geben,

z. B. QR-Codes auf Schreiben.

Auch digitale Angebote wie „Legal Tech“ können helfen.

Diese Angebote machen rechtliche Probleme leichter.

Aber sie sind oft nur auf Deutsch oder Englisch.

Das schließt viele Menschen aus, die andere Sprachen sprechen.

Ein weiteres Problem: Viele Angebote kosten Geld.

Menschen mit wenig Geld oder Bildung bleiben oft außen vor.

Die Verantwortung darf nicht nur bei den Ratsuchenden liegen.

Die Institutionen müssen barrierefreie Angebote schaffen.

Sprache muss verständlich sein, auch für juristische Laien.

Niedrigschwellige Beratungen müssen ausgebaut werden.

Nur so kann das Rechtssystem gerecht sein.

Jeder Mensch soll seine Rechte kennen und nutzen können.



## Hilfe aus dem privaten Umfeld

Das private Umfeld ist sehr wichtig.

Es hilft Menschen, ihre Rechte durchzusetzen.

Die Unterstützung kann unterschiedlich sein.

Sie kann emotional, finanziell, informativ oder praktisch sein.

Oft beginnt die Hilfe schon früh.

Zum Beispiel, bevor jemand rechtliche Schritte überlegt.

Oder bevor das Problem als rechtlicher Konflikt erkannt wird.

- Emotionale Unterstützung

Freundinnen, Freunde und Familie geben Ermutigung.

Das ist in schwierigen Zeiten sehr wichtig.

Rechtliche Auseinandersetzungen sind oft stressig.

Der Rückhalt durch vertraute Menschen hilft, den Druck auszuhalten.

Diese Unterstützung gibt Kraft für den langen Weg zur Lösung.

- Informative Unterstützung

Das private Umfeld kann gute Tipps geben.

Manche kennen sich mit rechtlichen Themen aus.

Andere haben vielleicht schon Ähnliches erlebt.

Sie können wichtige Informationen teilen.

Zum Beispiel: Wo findet man rechtliche Beratung?

Diese Hilfe kann Missverständnisse klären.

Sie bereitet die betroffene Person auf den Weg vor.



- Praktische Unterstützung

Das private Umfeld kann auch praktisch helfen.

Zum Beispiel bei Terminen bei Anwälten oder beim Gericht.

Oder beim Ausfüllen von Formularen.

Manchmal übernehmen sie alltägliche Aufgaben.

Das entlastet die betroffene Person sehr.

Auch beim Dolmetschen helfen sie oft, wenn es Sprachprobleme gibt.

- Netzwerk und Kontakte

Das Umfeld kann wichtige Kontakte herstellen.

Zum Beispiel zu Anwälten oder Mediatoren.

Manchmal haben sie Zugang zu wichtigen Informationen.

Ein starkes Netzwerk erleichtert den Zugang zu Ressourcen.

Das kann einen großen Unterschied machen.

- Motivation

Das Umfeld hilft auch, die Person zu motivieren.

Familie und Freunde fragen nach dem Fortschritt.

Sie zeigen Interesse und geben das Gefühl, nicht allein zu sein.

Das motiviert, weiterzumachen und nicht aufzugeben.

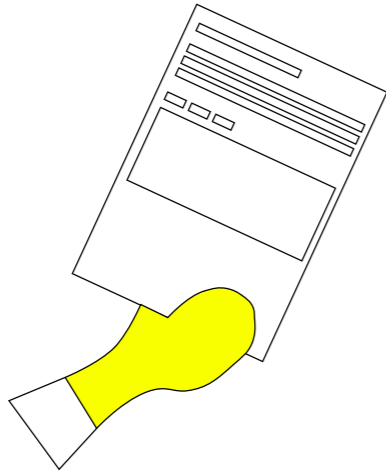
Ohne diese Unterstützung geben manche Menschen schneller auf.

Ein unterstützendes Umfeld kann also vieles bewegen.

Es macht rechtliche Auseinandersetzungen leichter.



## Rechtsantragsstelle



Rechtsantragstellen sind spezielle Bereiche bei Gerichten.  
Sie helfen Menschen, rechtliche Anträge und Erklärungen zu stellen.  
Oft sind sie der erste Kontaktpunkt für rechtliche Hilfe.  
Die Probleme der Menschen sind oft komplex.  
Sie betreffen soziale und rechtliche Fragen, die nicht immer klar sind.

Rechtsantragstellen sind eine Verbindung zwischen Bürgern und der Justiz.  
Sie spielen eine wichtige Rolle beim Zugang zum Rechtssystem.

Welche Anliegen können Bürger vorbringen?  
In Rechtsantragstellen kann man Klagen einreichen.  
Auch Antworten auf Klagen können dort abgegeben werden.

Man kann Prozesskostenhilfe beantragen, wenn man sich ein Verfahren nicht leisten kann.

Andere Anträge sind möglich, zum Beispiel:

- Schutz vor Zwangsvollstreckung,
- Anträge in Familien- oder Betreuungssachen,
- Kirchenaustritt.

Welche Hilfe leisten die Mitarbeiter?

Die Mitarbeiter der Rechtsantragstellen erklären Briefe und Formulare.  
Sie geben Tipps, wie man in einer bestimmten Situation vorgeht.  
Sie helfen, Anträge klar und rechtlich korrekt zu formulieren.

Die Mitarbeiter dürfen keine Rechtsberatung geben.  
Aber sie können an andere Stellen verweisen.  
Zum Beispiel an das Jugendamt oder das Jobcenter.  
In Notfällen können sie schnelle Hilfe organisieren.  
Zum Beispiel bei drohender Obdachlosigkeit.

Die Bedeutung der Rechtsantragstellen  
Rechtsantragstellen sind sehr wichtig für das Rechtssystem.  
Sie verbinden Bürger mit der Justiz.  
Die Arbeit dort ist anspruchsvoll und vielfältig.  
Die Mitarbeiter müssen sensibel auf die Menschen eingehen.





Gleichzeitig müssen sie die Regeln und Anforderungen einhalten.

Herausforderungen in Rechtsantragstellen

Menschen kommen oft in Krisensituationen dorthin.

Viele haben Ängste oder wissen nicht, wie sie vorgehen sollen.

Sprachliche Barrieren sind ein großes Problem.

Es gibt oft nicht genug Dolmetscher.

Untersuchungen zeigen: Viele Menschen sind mit der Hilfe zufrieden.

Das gilt auch, wenn ihr Anliegen nicht erfolgreich war.

Aber es gibt Unterschiede.

Menschen ohne Arbeit bewerten ihre Chancen oft schlechter.

Auch der Hintergrund, das Alter oder das Geschlecht spielen eine Rolle.

Rechtsantragstellen helfen vielen Menschen.

Aber sie stehen vor großen Herausforderungen.



## Ermüdung durch viele Weiterempfehlungen (Referral Fatigue)

„Referral Fatigue“ beschreibt die Erschöpfung oder Frustration von Menschen, die von einer Behörde oder Stelle zur nächsten geschickt werden.

Dabei wird ihr Anliegen nicht gehört und ihr Problem nicht gelöst.

Dieses Problem tritt besonders in der rechtlichen Beratung auf.

Dort werden Rechtsuchende oft von einer Beratungsstelle zur nächsten verwiesen, ohne dass eine Lösung gefunden wird.

Ein Grund für dieses ständige Verweisen können unklare Zuständigkeiten sein.

Rechtsuchende wissen oft nicht, welche Behörde für ihr Anliegen zuständig ist.

Das führt dazu, dass sie zwischen verschiedenen Institutionen hin- und hergeschickt werden.

Dieses Hin und Her kostet nicht nur Zeit, sondern führt auch zu Frustration.

Auch die Bürokratie und die komplizierten Strukturen der Verwaltung erschweren es, die richtige Ansprechperson zu finden.



Die Kommunikation zwischen Beratungsstellen und Behörden ist oft schlecht.

Das führt zu Missverständnissen und Verzögerungen.

Die Folgen der „Referral Fatigue“ können schwerwiegend sein.

Menschen geben entmutigt ihre rechtlichen Anliegen auf.

Sie verhalten sich passiv und suchen seltener rechtliche Hilfe.

Ihre Probleme bleiben ungelöst.

Viele fühlen sich allein gelassen und nicht verstanden.

Um „Referral Fatigue“ zu vermeiden, muss der Zugang zum Recht besser koordiniert werden.

Die Vernetzung zwischen Beratungsstellen und Unterstützungsdiensten sollte gefördert werden.

Wenn Menschen schnell und effizient an die richtige Stelle verwiesen werden, sinkt die Frustration.

Die Chancen auf eine Lösung des Problems steigen.

Eine mündliche Antragstellung bei Rechtsantragstellen kann helfen, erste Fragen zu klären.

Das beschleunigt den Prozess.

Ein weiterer Ansatz sind Stellen wie Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstellen.

Diese bieten verschiedene Dienstleistungen an.

Sie helfen Ratsuchenden, Behördengänge und Zeit zu sparen.





Es ist wichtig, die Bedürfnisse und Erfahrungen der Betroffenen ernst zu nehmen.

Nur so kann sichergestellt werden, dass niemand im Rechtssystem verloren geht.

Eine bessere Koordination und klare Kommunikation zwischen Beratungsstellen sind notwendig.

Damit kann „Referral Fatigue“ überwunden und der Zugang zu rechtlicher Beratung verbessert werden.



## Fehlendes Geld für den Prozess

Die finanzielle Situation von Rechtsuchenden beeinflusst stark, ob sie ihre Ansprüche durchsetzen können.

Viele Menschen verzichten auf Anwältinnen und Anwälte sowie Gerichtsprozesse wegen der hohen Kosten.

Die Prozesskosten- und Beratungshilfe sollen diese Hürden senken.

Doch nur wenige Menschen kennen diese Möglichkeiten.

Einige Expertinnen und Experten sagen, dass die Prozesskostenhilfe finanzielle Hürden abbaut.

Andere meinen, sie sei nicht für alle Menschen mit niedrigem Einkommen zugänglich.

Die Einkommensgrenze ist sehr niedrig, und die Bewilligung hängt von den Erfolgsaussichten ab.

Richterinnen und Richter haben bei der Entscheidung über Prozesskostenhilfe großen Spielraum.

Das führt zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Außerdem verlängern Prozesskostenhilfeanträge die Verfahrensdauer.

Der Prozess beginnt erst, wenn die Kosten gezahlt sind und der Antrag geprüft wurde.

Die Prüfung kann mehrere Monate dauern, weil das Formular und die Bearbeitung kompliziert sind.



Die lange Prüfungszeit ist besonders problematisch, wenn eine schnelle Lösung nötig ist.

Es wurde vorgeschlagen, dass Menschen, die Sozialleistungen beziehen, automatisch Prozesskostenhilfe bekommen sollten.

Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger müssen Bürgerinnen und Bürger nicht auf die Möglichkeit der Prozesskostenhilfe hinweisen.

Sie tun dies meist nur, wenn sie wissen, dass die Antragstellenden wenig Geld haben.

Auch bei der Beantragung von Beratungshilfescheinen gibt es Hürden.

Rechtsantragsstellen genehmigen diese oft nur unter erschwerten Bedingungen.

Sie prüfen, ob die Bürgerinnen und Bürger bereits alle anderen Möglichkeiten genutzt haben.

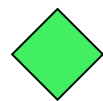
Viele Menschen empfinden Scham, wenn sie Beratungshilfe oder Prozesskostenhilfe beantragen. Sie müssen dabei oft sensible Informationen preisgeben.

Es wurde berichtet, dass sich Beratungshilfe für Anwältinnen und Anwälte finanziell oft nicht lohnt. Deshalb lehnen sie solche Anfragen ab oder bieten nur eine kurze Erstberatung an.

Das rechtliche Problem wird dann nicht weiter verfolgt.



Selbst geringe Beratungskosten schrecken viele Rechtsuchende ab.  
Das zeigt, wie wichtig günstige und leicht zugängliche Beratungsangebote sind.  
Besonders Menschen mit mehreren Problemen profitieren von solchen Angeboten.



## Hilfe bei Prozesskosten

Die Prozesskostenhilfe soll Menschen mit wenig Geld helfen, ihre Rechte vor Gericht einzufordern oder sich zu verteidigen.

Damit soll sichergestellt werden, dass alle unabhängig von ihrem Einkommen Zugang zum Recht haben. Prozesskostenhilfe sorgt für „Waffengleichheit“ im gerichtlichen Verfahren.

Sie ergänzt die außergerichtliche Beratungshilfe und setzt den Anspruch auf Justizgewährung um, der im Grundgesetz verankert ist.

Trotzdem gibt es bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe in der Praxis viele Probleme.

Prozesskostenhilfe kann in allen Streitverfahren beantragt werden.

Das sind Prozesse, bei denen sich zwei gleichberechtigte Parteien gegenüberstehen.

Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Klage oder Verteidigung gute Erfolgsaussichten hat.

Das bedeutet, das Gericht muss den Fall für zulässig halten und Beweise müssen vorgelegt werden können.

Wenn die Klage unnötig erscheint, gibt es keinen Anspruch auf Prozesskostenhilfe.

Auch für die Prüfung der Prozesskostenhilfe selbst oder für Beschwerden gegen ihre Ablehnung wird keine Prozesskostenhilfe gewährt.

Der Antrag auf Prozesskostenhilfe muss schriftlich gestellt werden.

Dabei muss der Sachverhalt ausführlich dargelegt werden.

Es gibt keinen Anwaltszwang, aber eine Anwältin oder ein Anwalt kann helfen.

Der Antrag erfordert oft viele Details, die ohne rechtliche Unterstützung schwer zu formulieren sind.

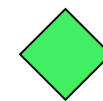
Das Gericht prüft danach die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragstellenden. Es entscheidet, ob ein Anspruch auf Prozesskostenhilfe besteht.

Wird die Prozesskostenhilfe bewilligt, übernimmt die Staatskasse die Gerichtskosten.

Auch die Kosten der beigeordneten Anwältinnen und Anwälte werden übernommen.

Verliert die Antragstellende jedoch den Prozess, muss sie die Kosten der gegnerischen Anwältinnen und Anwälte selbst tragen.

Das kann ein großes finanzielles Risiko sein.





Wenn sich die finanziellen Verhältnisse der Antragstellenden verbessern, kann das Gericht die Prozesskostenhilfe anpassen.

Dies geschieht jedoch nur bei einer erheblichen und dauerhaften Verbesserung.

Nach vier Jahren erlischt die Rückzahlungspflicht.

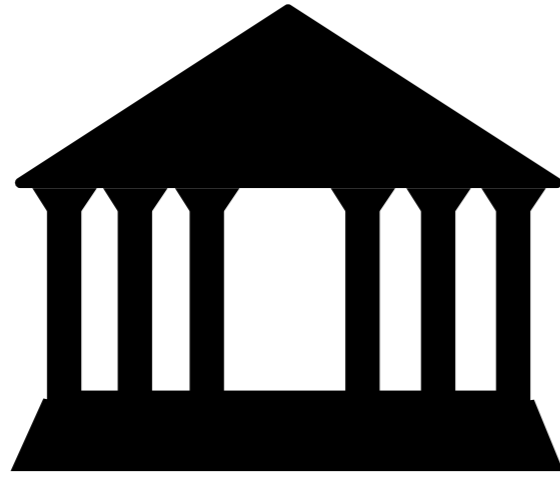
Zusammenfassend sorgt die Prozesskostenhilfe dafür, dass niemand wegen finanzieller Hürden auf sein Recht verzichten muss.

Die Antragstellenden müssen jedoch ihre finanziellen Verhältnisse offenlegen.

Außerdem müssen sie zeigen, dass ihr Rechtsanliegen ausreichende Erfolgsaussichten hat.



## Gerichtsverfahren



Im deutschen Rechtssystem spielen Gerichte eine zentrale Rolle.

Sie sind die Institutionen der Rechtsprechung.

Ein Gericht besteht aus einer unterschiedlichen Anzahl von Richterinnen und Richtern.

Während eines Gerichtsverfahrens können Beweise vorgelegt und Anhörungen durchgeführt werden.

Am Ende des Verfahrens entscheidet das Gericht mit einem Urteil oder einem Beschluss.

Diese Entscheidungen basieren auf den relevanten Gesetzen.

Das Justizsystem in Deutschland ist in verschiedene Fachgerichtsbarkeiten unterteilt.

Dazu gehören Zivil-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichte.

Jede dieser Gerichtsbarkeiten behandelt ein spezielles Rechtsgebiet.

Die Zivilgerichtsbarkeit ist besonders wichtig für viele Bürgerinnen und Bürger.

Sie beschäftigt sich mit privatrechtlichen Angelegenheiten, die den Alltag betreffen.

Bei solchen Fällen ist das Amtsgericht oft die erste Anlaufstelle.

In Deutschland gibt es 638 Amtsgerichte, zwölf davon in Berlin.

Die Amtsgerichte sind für die meisten Konflikte des täglichen Lebens zuständig.

Zum Beispiel für Streitigkeiten im Mietrecht oder Kaufrecht.

Das Amtsgericht ist dabei die erste Instanz.

Rechtsstreitigkeiten können jedoch auch in höhere Instanzen gehen.

In der Zivilgerichtsbarkeit sind dies die Landgerichte, Oberlandesgerichte und der Bundesgerichtshof.

Vor Gericht treten verschiedene Personen oder Organisationen auf:

Klägerinnen und Kläger, Beklagte, Anwältinnen und Anwälte, Beistände oder Vertreter von Verbraucherzentralen und Verbänden.





In manchen Fällen ist die Vertretung durch Anwältinnen und Anwälte vorgeschrieben.

Das soll die Parteien schützen und eine qualifizierte rechtliche Vertretung sicherstellen.

Beim Amtsgericht besteht jedoch kein Anwaltszwang, außer in Ehe- und Familiensachen.

Trotzdem ist eine Klage oft erfolgreicher, wenn die klagende Person durch eine Anwältin oder einen Anwalt vertreten wird.

Obwohl Gerichte wichtige Anlaufstellen für Rechtsstreitigkeiten sind, sinkt die Zahl der Verfahren in der Zivilgerichtsbarkeit.

Deutsche Bürgerinnen und Bürger gelten im europäischen Vergleich als „klagefreudig“.

Doch sowohl bei Amtsgerichten als auch bei Landgerichten gehen die Verfahren zurück.

Ein Grund dafür ist die zunehmende Beliebtheit von alternativen Streitbeilegungsverfahren.

Diese ermöglichen es, Konflikte außerhalb des Gerichts zu lösen.

Das bedeutet, dass nicht alle einklagbaren Ansprüche vor Gericht verhandelt werden.



## Wiederkehrende Prozessbeteiligte (Repeat Player)

Repeat Player (auf Deutsch „Wiederholungsspieler“) sind Personen oder Organisationen, die häufig an rechtlichen Auseinandersetzungen beteiligt sind.

Im Gegensatz dazu stehen die „Einmalstreiter“.

Das sind Einzelpersonen oder Organisationen, die nur selten in rechtliche Konflikte geraten.

Diese beiden Gruppen stehen für zwei Extreme im Bereich der Zivilstreitigkeiten.

Einmalstreiter sind oft Privatpersonen oder kleine Organisationen.

Sie verfügen über begrenzte finanzielle Mittel und wenig Erfahrung im Justizsystem.

Aus Angst vor hohen Kosten und Risiken vermeiden sie häufig den Gang vor Gericht.

Stattdessen versuchen sie, ihre Rechte informell durchzusetzen oder lösen Konflikte auf anderen Wegen.

Manchmal verzichten sie ganz darauf, ihre Rechte einzufordern.

Wiederholungsspieler sind dagegen meist Unternehmen oder große Organisationen.

Sie haben umfangreiche Erfahrung mit rechtlichen Verfahren und viele Ressourcen.

Dadurch haben sie mehrere Vorteile:

- Sie können strategisch handeln, um langfristige Ziele zu erreichen.
- Sie können viele Verfahren effizient abwickeln und mit geringem Aufwand durchführen.
- Einzelne Niederlagen schrecken sie nicht ab, da diese für sie weniger riskant sind.

In Zivilstreitigkeiten stehen sich oft Wiederholungsspieler und Einmalstreiter gegenüber.

Das führt häufig zu einem ungleichen Machtverhältnis. Wiederholungsspieler haben deutlich mehr Erfahrung, Ressourcen und Einfluss.

Besondere Unterstützungsangebote sind notwendig, um dieses Ungleichgewicht auszugleichen.

Beratungsstellen und Legal-Tech-Unternehmen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Sie bündeln Wissen und Ressourcen und stellen diese den Einmalstreitern zur Verfügung.


Ein weiteres Beispiel ist das britische Law-Centre-Konzept.

Diese lokalen Anwaltsbüros bieten kostenlose, leicht zugängliche und umfassende Rechtsberatung.

So wird auch Bürgerinnen und Bürgern mit wenig Geld geholfen.







Trotz wachsender Unterstützungsangebote bleibt die Verteilung von Ressourcen und Macht zwischen Wiederholungsspielern und Einmalstreitern ungleich. Diese Asymmetrie ist eine Barriere für den Zugang zum Recht für Einmalstreiter.



Ein Zivilprozess kann auf verschiedene Arten enden.

Der Verfahrensausgang entscheidet, wie der Rechtsstreit gelöst wird.

Die unterschiedlichen Möglichkeiten zeigen, wie Parteien ihre Streitigkeiten beenden können.

Die häufigsten Verfahrensausgänge sind:

- Streitige Urteile

Ein Streitiges Urteil ist eine Entscheidung des Gerichts nach einer mündlichen Verhandlung.

Das Gericht prüft die Anträge, Einwände und Argumente beider Parteien.

Anschließend fällt es eine endgültige Entscheidung.

- Gerichtliche Vergleiche

Ein gerichtlicher Vergleich ist eine Einigung der Parteien vor Gericht.

Beide Seiten einigen sich auf eine Lösung, die für sie akzeptabel ist.

Der Vergleich wird vom Gericht protokolliert und hat die gleiche rechtliche Wirkung wie ein Urteil.

Damit endet der Prozess.

- Versäumnisurteile

Ein Versäumnisurteil entsteht, wenn eine Partei nicht zur Verhandlung erscheint oder wichtige Handlungen versäumt.

Das Gericht entscheidet dann zugunsten der anwesenden Partei.

Die säumige Partei kann Einspruch einlegen, wenn sie gute Gründe für ihr Fehlen nachweisen kann.

Versäumnisurteile sind häufig, besonders bei Kauf- und Mietstreitigkeiten vor Berliner Amtsgerichten.

- Beschlüsse nach § 91a Zivilprozessordnung

Ein solcher Beschluss wird erlassen, wenn die Parteien sich einigen, den Streit beizulegen.

Das Gericht entscheidet dann nur noch über die Verfahrenskosten.

Das schützt besonders die klagende Partei, da der Streit ohne weitere Maßnahmen beigelegt wird.





- Klagerücknahme

Die klagende Partei kann ihre Klage bis zur mündlichen Verhandlung ohne Zustimmung der anderen Partei zurückziehen.

Nach Beginn der Verhandlung ist die Zustimmung der beklagten Partei erforderlich.

In diesem Fall trägt die klagende Partei die bis dahin entstandenen Kosten.

- Anerkenntnis- und Verzichtsurteile

Ein Anerkenntnisurteil wird gefällt, wenn die beklagte Partei den Anspruch anerkennt.

In der Regel trägt sie dann die Kosten des Rechtsstreits.

Ein Verzichtsurteil tritt ein, wenn die klagende Partei erklärt, ihren Anspruch nicht weiterzuverfolgen.

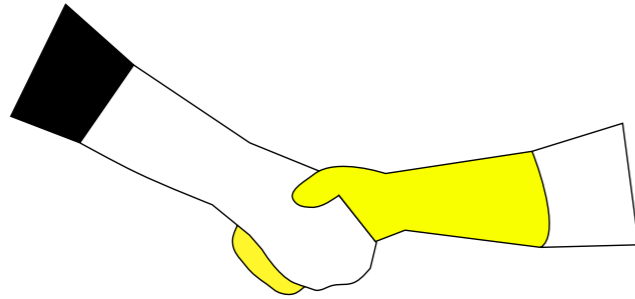
Die beklagte Partei kann dann die Abweisung der Klage beantragen.

Der Anspruch kann anschließend nicht erneut geltend gemacht werden.

Diese verschiedenen Verfahrensausgänge zeigen, wie flexibel das Justizsystem auf unterschiedliche Situationen reagiert.



## Lösungen ohne Gericht



Rechtsstreitigkeiten können nicht nur vor Gericht, sondern auch außergerichtlich gelöst werden. Diese Alternative zu Gerichtsverfahren ist oft schneller und günstiger.

Außergerichtliche Lösungen ermöglichen den Beteiligten, Konflikte einvernehmlich zu klären. Das ist häufig weniger belastend und flexibel. Zudem sind sie oft unabhängig vom Einkommen der Beteiligten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bedeutung außergerichtlicher Lösungen betont. Es hat den Gesetzgeber aufgefordert, die Beratungshilfe zu stärken. Ziel ist es, Rechtsschutz für alle gleichermaßen zugänglich zu machen. Niemand soll aus finanziellen Gründen daran gehindert werden, seine Rechte wahrzunehmen.



In Berlin gibt es verschiedene Stellen, die außergerichtliche Lösungen anbieten. Eine davon sind die Rechtsantragsstellen, die bei den Gerichten angesiedelt sind. Sie können teilweise selbst beraten oder an andere Stellen verweisen. Die dort arbeitenden Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger informieren oft über außergerichtliche Möglichkeiten. Jedoch wird nicht immer ausreichend auf die Vielfalt solcher Angebote hingewiesen.

Eine weitere Möglichkeit ist die Beratungshilfe. Diese ist im Beratungshilfegesetz geregelt und fördert den Zugang zu außergerichtlichen Lösungen. Zusätzlich gibt es Beratungsstellen von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

In Berlin helfen zum Beispiel Mietervereine, Verbraucherzentralen oder Antidiskriminierungsstellen. Häufig arbeiten Anwältinnen und Anwälte mit diesen Stellen zusammen. Auch migrantische Selbstorganisationen unterstützen Rechtsuchende in Berlin.

Legal-Tech-Angebote sind ein weiterer wichtiger Teil außergerichtlicher Lösungen. In den letzten Jahren wurden sie immer bekannter und häufiger genutzt.



Das Rechtsdienstleistungsgesetz regelt, wer rechtliche Dienstleistungen anbieten darf.

Es schützt Rechtsuchende vor unqualifizierter Beratung.

Zusätzlich gibt es spezielle Gesetze für bestimmte Gruppen, wie Asylsuchende oder Menschen mit Behinderungen.

Diese sollen sicherstellen, dass sie fachkundige und individuelle Unterstützung erhalten.

Außergerichtliche Lösungen bieten viele Vorteile.

Sie sind oft schneller, günstiger und weniger formell als Gerichtsverfahren.

Außerdem können sie zu individuelleren Lösungen führen, die besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingehen.

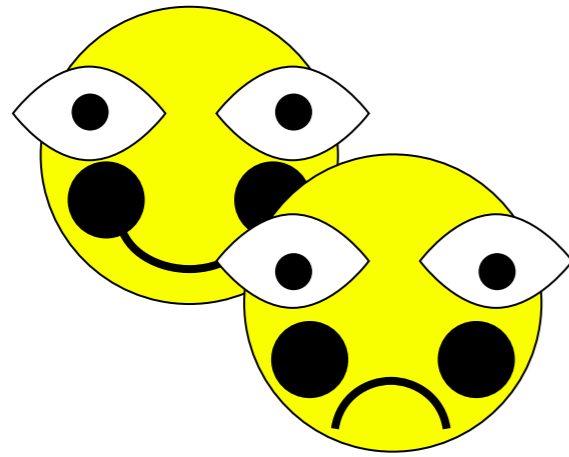
Dadurch tragen sie zu einem gerechteren und leichter zugänglichen Rechtssystem bei.

Trotz dieser Vorteile gibt es noch Herausforderungen.

Barrieren müssen abgebaut werden, damit alle Menschen diese Angebote nutzen können.



## Ist das Problem gelöst?



Die formale Beilegung eines Rechtsstreits, etwa durch ein Gerichtsurteil, bedeutet nicht immer, dass das zugrunde liegende soziale Problem gelöst ist.

Auch wenn der Rechtsweg ausgeschöpft oder eine Einigung erzielt wurde, bleiben soziale Spannungen zwischen den Parteien oft bestehen.

Ein Beispiel dafür sind Nachbarschaftskonflikte, bei denen gerichtliche Entscheidungen meist nur die Symptome, aber nicht die Ursachen des Konflikts behandeln.

Das Rechtssystem kann solche sozialen Konflikte oft nur begrenzt lösen, was bei den Beteiligten zu Enttäuschungen führen kann.

Die Grenzen der Rechtsordnung bei der ganzheitlichen Lösung von Problemen können das subjektive Rechtsempfinden der Betroffenen beeinflussen.

Selbst wenn eine Entscheidung rechtlich korrekt ist, kann sie als ungerecht empfunden werden.

Diese Wahrnehmung kann das Vertrauen in die Justiz und das gesamte Rechtssystem schwächen.

Das Gefühl, dass eine Entscheidung nicht den tatsächlichen Bedürfnissen oder Umständen entspricht, führt oft dazu, dass Betroffene künftig weniger versuchen, ihre Rechte durchzusetzen.

Um nachhaltige Lösungen zu finden, ist eine ganzheitliche Betrachtung von Rechtsproblemen notwendig.

Dabei müssen auch die sozialen Dimensionen von Konflikten berücksichtigt werden.

Es geht darum, Wege zu entwickeln, die nicht nur rechtlich korrekt, sondern auch sozial gerecht und von allen Beteiligten akzeptiert sind.

Ein solcher Ansatz kann das Vertrauen in das Rechtssystem stärken.

Er fördert außerdem den sozialen Zusammenhalt und hilft, Konflikte dauerhaft zu lösen.

.

## **Glossar**

Ein Glossar ist eine Liste von wichtigen Wörtern und Fachbegriffen mit ihren Erklärungen. Es hilft, schwierige oder neue Begriffe besser zu verstehen.

Auf den nächsten Seiten findest du einige rechtliche Begriffe erklärt.

## **Anwältinnen und Anwälte**

Anwältinnen und Anwälte helfen Menschen bei rechtlichen Fragen.

Sie erklären schwierige Dinge und unterstützen vor Gericht.

Auch ohne Gericht helfen sie oft, zum Beispiel bei Verhandlungen.

Sie machen das Recht für alle besser verständlich.

## **Anwaltszwang**

Manchmal braucht man vor Gericht eine Anwältin oder einen Anwalt.

Das ist gesetzlich vorgeschrieben.

Das nennt man Anwaltszwang.

Das soll Fehler vermeiden, die schlecht für den Prozess sind.

## **Beratungshilfe**

Menschen mit wenig Geld können Beratungshilfe bekommen.

Damit zahlen sie weniger für rechtliche Hilfe.

Die Beratungshilfe hilft bei Problemen außerhalb des Gerichts.

## **Beratungshilfeschein**

Ein Beratungshilfeschein ist ein Dokument vom Amtsgericht.

Damit bekommen Menschen günstige Beratung bei Anwältinnen und Anwälten.

## **Beratungsstellen**

Beratungsstellen helfen bei rechtlichen oder sozialen Problemen.

Die Beratung ist oft kostenlos oder günstig.

Zum Beispiel bei Themen wie Mietrecht oder Diskriminierung.

## **Gericht**

Ein Gericht klärt Streitigkeiten nach dem Gesetz.

Es entscheidet, was richtig ist.

Es gibt Gerichte für verschiedene Themen, zum Beispiel Strafrecht oder Zivilrecht.

## **Gerichtsverfahren**

Ein Gerichtsverfahren ist ein Prozess vor Gericht.

Das Gericht prüft den Streit und entscheidet.

Oft helfen Anwältinnen und Anwälte bei den Verfahren.

## **Gesetzgeber**

Der Gesetzgeber ist das Parlament.

Es macht die Gesetze für unser Land.

Das sind Bundestag und Bundesrat.

## **Gewaltschutzanträge**

Ein Gewaltschutzantrag schützt vor Gewalt oder Stalking.

Das Gericht kann Kontaktverbote oder andere

Maßnahmen erlassen.

## **Law Centre**

Ein Law Centre bietet rechtliche Hilfe.

Es hilft vor allem Menschen, die wenig Geld haben.

Diese Einrichtungen gibt es vor allem in Großbritannien.

## **Law Clinics**

In Law Clinics beraten Jurastudierende Menschen kostenlos.

Sie lernen dabei und helfen gleichzeitig anderen.

## **Legal Tech**

Legal Tech sind digitale Lösungen für rechtliche Probleme.

Zum Beispiel Programme, die Ansprüche automatisch prüfen.

Das spart Zeit und Geld.

## **Prozesskostenhilfe**

Die Prozesskostenhilfe zahlt die Kosten für ein Gerichtsverfahren.

Das gilt für Menschen mit wenig Einkommen.

So können auch sie ihre Rechte vor Gericht durchsetzen.

## **Rechtsantragstellen**

Rechtsantragstellen helfen Menschen bei Anträgen oder Klagen.

Diese Stellen sind oft bei Gerichten.



## **Rechtsberatung**

Rechtsberatung erklärt Rechte und zeigt Lösungen.  
Sie hilft bei Streitigkeiten und rechtlichen Fragen.

## **Rechtsmobilisierung**

Rechtsmobilisierung bedeutet, dass Menschen ihre Rechte erkennen und nutzen.  
Es geht darum, Rechte durchzusetzen.

## **Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger**

Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger arbeiten bei Gerichten.  
Sie helfen bei Anträgen oder besonderen Verfahren.

## **Rechtsstaat**

Ein Rechtsstaat sorgt für Gerechtigkeit und schützt die Rechte der Menschen.  
Alle sind vor dem Gesetz gleich.

## **Rechtsuchende**

Rechtsuchende sind Menschen, die rechtliche Hilfe brauchen.  
Sie wenden sich an Anwältinnen, Beratungsstellen oder Gerichte.

## **Rechtssystem**

Das Rechtssystem regelt das Zusammenleben in einem Land.  
Es besteht aus Gesetzen, Gerichten und Regeln.

## **Rechtsweg**

Der Rechtsweg ist der Weg zum Gericht.  
Dort wird über Streitigkeiten entschieden.

## **Rechtsstreit**

Ein Rechtsstreit ist ein Streit zwischen zwei Parteien.  
Er kann außergerichtlich oder vor Gericht geklärt werden.

## **Rechtsschutzversicherung**

Diese Versicherung zahlt die Kosten für einen Rechtsstreit.  
So können Menschen ihre Rechte ohne großes Kostenrisiko nutzen.

## **Streitbeilegungsverfahren**

Ein Streitbeilegungsverfahren löst Konflikte ohne Gericht.  
Zum Beispiel durch Mediation oder Schlichtung.  
Das geht oft schneller und ist günstiger.

## Über das Forschungsprojekt „Zugang zum Recht“

Das Forschungsprojekt läuft seit 2020 am WZB, einem Forschungsinstitut in Berlin.

Es untersucht, ob alle Menschen in Berlin ihre Rechte gleich gut durchsetzen können.

Dabei werden Hindernisse betrachtet, wie:

- rechtliche Vorschriften,
- soziale Unterschiede,
- fehlendes Geld,
- oder unzureichende Unterstützung.

Das Ziel der Forschung ist:

- Empfehlungen zu entwickeln, damit alle Menschen besser Zugang zum Recht bekommen.
- Die Forschung hilft der Berliner Regierung, die Situation zu verbessern.

Ein Schwerpunkt ist, wie Rechte im Alltag durchgesetzt werden können.

Besonders beim Mietrecht, Verbraucherschutz oder bei Gewalt in Partnerschaften.

Die Forschung zeigt auch, dass Benachteiligungen oft vom sozialen Status abhängen.

Menschen mit Migrationshintergrund sind oft stärker betroffen.

Die Forschenden benutzen verschiedene Methoden:

- Interviews,
- Gruppengespräche,
- Beobachtungen,
- und Analysen von Daten aus der Justiz.

Beteiligte Personen:

- Projektleitung: Prof. Dr. Michael Wrase
- Projektkoordination: Paula Edling
- Forschende: Philipp Günther, Jannis Hertel, Dr. Lisa Hahn, Johanna Behr, Luise Freitag, Moritz Fischer, Charlotte von Lampe, Julx Krause, Anja Liebig, Lilly Allegra-Hickisch

## Über das Projekt „Wege zum Recht“

„Wege zum Recht“ untersucht, wie Wissenschaft so erklärt werden kann, dass Menschen außerhalb von Fachkreisen die Inhalte besser verstehen.

Das ist besonders wichtig in den Sozialwissenschaften. Denn hier geht es oft um gesellschaftliche und politische Themen. Ein Thema des Projekts ist, ob alle Menschen in Berlin den gleichen Zugang zum Recht haben.

Das Projekt will die Ergebnisse der Forschung über den Zugang zum Recht erklären. Es richtet sich an Menschen, die keine Expertinnen und Experten sind.

Ziel ist es, sie zu informieren und zur aktiven Beteiligung zu ermutigen.

Das Projekt „Wege zum Recht“ wurde von Sophie Pischel entwickelt. Es war Teil ihres Master-Abschlusses in Visueller Kommunikation an der Universität der Künste Berlin.

Das Projekt entstand mit Unterstützung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Es wurde im Rahmen des Visual Society Program (ViSoP) durchgeführt.

Betreut wurde es von Professor David Skopec, Professorin Franziska Morlok und Professorin Bianca Herlo.

Konzeption und Design: Sophie Pischel

Texte: Luise Freitag, Philipp Günther, Julx Krause, Moritz Fischer, Anja Liebig, Charlotte von Lampe, Sophie Pischel

Code: Florian Schimanski

Schriften: Ruder LL, ABC Monument Grotesk, ABC Monument Grotesk Semi-Mono

**WZB** 

Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung



Universität der Künste Berlin

Das Projekt wurde zusammen von WZB und UdK gemacht. Es gehört zum „Visual Society Program“.

  
Leibniz  
Gemeinschaft

Das WZB ist Teil der Leibniz-Gemeinschaft.



Mehr Informationen und  
Beispiele auf der Webseite:  
**[wege-zum-recht.de/de-simple](https://wege-zum-recht.de/de-simple)**